

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXIII/104

Bonn, den 5. Juni 1968

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
	<u>Weltweiter Schock</u>	41
	Zum Attentat auf Bob Kennedy	
2	<u>Wegweiser und Orientierungshilfe</u>	50
	Der zweite Abschnitt des Großen Hessenplans beginnt	
3	<u>Schleswig-Holstein - Land der höchsten Sozialmieten</u>	46
	Kommt es zu einem Grundsatzprozess zwischen Lauritzen und Eisenmann?	
4	<u>De Gaulle und die Kommunistische Partei Frankreichs</u>	44
	Undurchsichtiges Spiel vor den Wahlen	
	Von Georg Scheuer, Paris	

SELBSTBESTIMMUNG UND EINGLIEDERUNG bringt heute:

Nicht auf das Recht der nationalen Selbstbestimmung verzichten
Doppelt so viele Arbeiten im Schülerwettbewerb
Ernst Paul: "Unsere Hand bleibt ausgestreckt"
Gemeinsame Interessen zwischen Bonn und Prag schaffen
20. IAG-Novelle nahm letzte Hürde
Auszahlungen aus der 19. IAG-Novelle
Keine Aufgabe für Wischniewski

* * *

*

Weltweiter Schock

Zum Attentat auf Bob Kennedy

sp - Die Schüsse trafen ihn in dem Augenblick, als er als Bewerber um das höchste Amt in den Vereinigten Staaten seinen Sieg bei den Vorwahlen in Kalifornien einer begeisterten Menschenmenge verkünden wollte. Bob Kennedy kam nicht mehr dazu. Über die Menschenmenge breitete sich nach diesem Attentat lähmendes Entsetzen aus. Auch die ganze gesittete Welt ist davon ergriffen. Sie denkt in diesen Stunden an jenen Mord in Dallas, dem der unvergeßliche Präsident und Bruder Bob Kennedys, John F. Kennedy, zum Opfer fiel. Sie denkt aber auch an den Mord, begangen am Negerführer Martin Luther King, dessen Tod ungesühnt blieb.

Wohin, so stellen sich viele Besorgte die Frage, steuern die Vereinigten Staaten? Wird in diesem großen und mächtigen Land, von dessen Größe und Intaktheit der Weltfriede entscheidend abhängt, der politische Mord zur Praxis? Der Mord an John F. Kennedy brachte nicht nur die Vereinigten Staaten um viele Hoffnungen, auch die Welt sah sich um manche hoffnungsvollen Erwartungen betrogen. Mit John F. Kennedy war ein Licht erloschen, das in die entferntesten Ecken der Erde leuchtete. Sein Bruder schien ganz und gar der Mann, das Erbe dieses großen Präsidenten nach einem Interregnum zu übernehmen und zu vermehren. Nun liegt er, von Mörderkugeln getroffen, anieder.

Dunkle Schatten liegen über den von Rassenunruhen geplagten Vereinigten Staaten. Noch sind die psychologischen, politischen und materiellen Schäden des vergangenen heißen Sommers nicht behoben, wo ganze Stadtteile in Schutt und Trümmer gelegt wurden. Bob Kennedy, der Sohn eines Millionärs, galt als ein Freund der Neger und der Armen, deren Los ihn bedrückte und um deren Sympathien er sich bewarb. War es die Irrsinnstat eines weißen Rassenfanatikers, verführt von Demagogen und finstersten Reaktionären? Man weiß es zur Stunde nicht.

Wohl aber läßt sich mit Gewißheit sagen, daß die Vereinigten Staaten in diesem schrecklichen Jahr, das auch Wahljahr ist, ihre Grundfesten erschütternden Konvulsionen entgegensehen. Ungebändigte Leidenschaften brechen sich Bahn und beschwören die Gefahr innerer unheilbarer Zerklüftungen herauf. Was in diesem großen Land geschieht, geht im Zeitalter gegenseitiger Abhängigkeit alle an. Uns bleibt nur die Hoffnung, daß die progressiven und demokratischen Kräfte in den Vereinigten Staaten im Ringen mit zerstörerischen Gewalten die Oberhand behalten. Ohne intakte in sich ruhende und von moralischen Antrieben geleitete Vereinigte Staaten bräche das Unglück über die ganze Welt herein, wäre der Kampf um einen gesicherten Weltfrieden aufs schwerste belastet. Und das kann wohl niemand wollen, dem die Zukunft der Menschheit nicht gleichgültig ist.

Wegweiser und Orientierungshilfe

Der zweite Abschnitt des Großen Hessenplans beginnt

sp - Der vor drei Jahren in der sozialdemokratischen Landesregierung in Wiesbaden ausgearbeitete Große Hessenplan hat sich nicht nur bewährt und die harte Belastungsprobe beim Durchstehen einer wirtschaftlichen Talschle zum Wohle des Landes und seiner Bürger bestanden, er hat sich auch im Bewußtsein der Öffentlichkeit als fester Bestandteil fortschrittlicher und zukunftsweisender hessischer Landespolitik etabliert. Bei der Vorlage des zweiten Durchführungsabschnitts des Großen Hessenplans konnte Ministerpräsident Dr. Georg-August Zinn daher auch feststellen: "Was wir vor drei Jahren mit dem Großen Hessenplan vorgelegt haben, galt damals noch als eine 'Art umstürzlerischer Neuerung', doch heute werden Vorhaben dieser Art als Notwendigkeit für erwünschte Vorausschauungen angesehen."

Es ist heute nicht mehr notwendig, auf die Wichtigkeit einer vorausschauenden Planung hinzuweisen. Die Entwicklung hat die hessische Initiative auch jenseits der Landesgrenzen bestätigt: ohne vorausschauende Planung mit wissenschaftlicher Gründlichkeit lassen sich die sozialen, kulturellen, wirtschaftlichen und verkehrspolitischen Bedürfnisse in einem modernen, freiheitlichen Staatswesen nicht in der Gegenwart für die Zukunft richtungweisend sichern. So ist auch der zweite Durchführungsabschnitt des Großen Hessenplans, der die Zeitspanne von 1968 bis 1970 umfaßt, voll und ganz abgestellt auf die Verwirklichung der der gesamten Bevölkerung dienenden Zielvorstellungen.

Die Schwerpunkte liegen dabei nach wie vor beim Straßenbau, beim Schul- und Hochschulwesen sowie beim Gesundheitswesen. Gegenüber dem nun zurückliegenden ersten Durchführungsabschnitt des Großen Hessenplans der Jahre von 1965 bis 67 enthält der zweite Abschnitt bei unveränderter Zielsetzung die Korrekturen, die sich aus der tatsächlichen Entwicklung und den Erfahrungen der letzten drei Jahre ergeben haben. Daß diese Abweichungen geringfügig sind, beweist, wie umsichtig die vorausschauende Planung von Anfang an gewesen ist.

Moderne Planung muß von Natur aus flexibel sein, damit sie sich den Realitäten jederzeit anpassen kann und nicht zum Dogma wird, sondern das bleibt, was sie sein soll: Wegweiser und Orientierungshilfe in eine gesicherte Zukunft. Der Große Hessenplan wird heute auch von seinen einstigen Kritikern so verstanden. Es besteht kein Zweifel, daß er ein Programm des Fortschritts enthält. Schließlich dienen die rund 7,5 Milliarden DM, die im Laufe des zweiten Durchführungsabschnittes investiert werden sollen, im wesentlichen der Strukturverbesserung des Landes Hessen und seiner Gemeinden, so daß auf diese Weise ein entscheidender Beitrag zur Erhaltung der wirtschaftlichen Stabilität und damit auch zur Sicherung des Arbeitsplatzes sowie zur Steigerung des allgemeinen Lebensstandards geleistet wird.

Immerhin konnte die Wohlstandszahl, wie man den im Durchschnitt auf jeden Einwohner des Landes entfallenden Sozialproduktanteil nennt, von 7.300 DM im Jahre 1965 auf rund 7.800 DM im Jahre 1967 erhöht werden. Der zweite Durchführungsabschnitt des Großen Hessenplans geht von der Vorstellung aus, diese Wohlstandszahl erneut auf rund 8.800 DM zu erhöhen. Nicht nur der Erfolg der letzten drei Jahre ermutigt dazu, sondern auch wesentlich günstigere Voraussetzungen sind heute gegeben, um das gesteckte Zwischenziel 1970 zu erreichen.

Schleswig-Holstein - Land der höchsten Sozialmieten

Kommt es zu einem Grundsatzprozeß zwischen Lauritzen und Eisenmann?

sp - Kommt es zu einer scharfen Auseinandersetzung, möglicherweise zu einem Grundsatzprozeß zwischen Bundeswohnungsbauminister Lauritzen (SPD) und dem schleswig-holsteinischen Sozialminister Otto Eisenmann (FDP) um die Preisobergrenze für Sozialmieten? Politisch steht im Hintergrund, was man als unsoziale Mietpreispolitik der Kieler CDU/FDP-Koalitionsregierung bezeichnen kann. Im Vordergrund steht, ob eine Landesregierung sich grundsätzlich den allgemein gültigen Bundesrichtlinien durch einen Kraftakt widersetzen darf.

In Itzehoe, dem Wohnort von Eisenmann, und in Bonn hat Lauritzen darauf hingewiesen, daß durch die Umschuldung der mit Staatsgeldern geförderten Sozialwohnungen (die Anhebung der Zinssätze dieser Hypotheken) sich die Mieten für bis zum 31. Dezember 1956 geförderte Wohnungen nur maximal um 35 Pfennige je Quadratmeter erhöhen dürfen. Für Wohnungen, die der Staat mit seinen Geldern anschließend bis 1959 mitfinanzierte, darf die Mietpreisherabsetzung nur 30 Pfennige betragen.

Nun hat sich zwar Schleswig-Holstein damals in den Finanzierungsverträgen die Klausel gesichert, wonach jetzt Privatgelder statt öffentlicher Gelder in das Finanzierungstableau der Sozialwohnungen hineingeschoben werden können. Dabei werden wegen der bankmäßigen Konditionen erhebliche Verteuerungen eintreten, die weit höher liegen, als wenn der Staat seine Hypotheken angemessen heraufsetzt. Schleswig-Holstein ist diesen unsozialen Weg gegangen, um Landesgelder freizubekommen. Bei einem ersten Anlauf verteuerten sich die Mieten, die neu berechnet wurden, teilweise um mehr als 40 Pfennige pro Quadratmeter. Auf Protest der sozialdemokratischen Opposition im Kieler Landtag ging man schon auf 40 Pfennige herunter. Die Differenz wird an Hausbesitzer aus der Landeskasse fließen.

Jetzt aber, nachdem Bundeswohnungsbauminister Lauritzen die Angelegenheit mit den Höchstsätzen klargestellt hat, wird Schleswig-Holstein unweigerlich auf 35 oder 30 Pfennige herunter müssen. Der sozialdemokratische Oppositionsführer im Kieler Landtag, Joachim Steffen, forderte Eisenmann in der Fragestunde des Parlaments auf, das zu tun.

Die Antwort des Sozialministers spricht Bände. Er sagte rundheraus, die Regierung in Kiel sei nicht bereit, von den 40 Pfennigen abzugehen. "Die Landesregierung beabsichtigt demzufolge nicht, sich bei Durchführung der Umschuldungsmaßnahmen ergebende Mieterhöhungen auf unter 0,40 DM je Quadratmeter monatlich zu senken." Der Minister ist auch nicht bereit, die bereits übergezählten Mietbeträge an die Mieter zurückzuerstatten.

Der antisoziale Komplex liegt offen. Das Privatkapital muß höhere Zinsen bringen als die Staatsgelder. Der Mieter hat dafür zu bluten. Es ist jetzt die Frage, ob man in Bonn den einsamen Alleingang eines Sozialministers oben an der Küste durchgehen lassen will oder ob Föderalismus nicht auch Disziplin zu einheitlichen Richtlinien bedeutet, auf die sich der Bund und alle Bundesländer in Bonn geeinigt haben.

De Gaulle und die Kommunistische Partei Frankreichs

Undurchsichtiges Spiel vor den Wahlen

Von Georg Scheuer, Paris

De Gaulles plötzliche Attacke gegen die KPF verblüfft alle politischen Beobachter. Zunächst hatte man den Eindruck, es handele sich um ein gut überlegtes Wahlmanöver zur Vorbereitung der Parlamentswahlen am vorletzten und letzten Juni-Sonntag. Nach dem wochenlangen Generalstreik der 10 Millionen Arbeitnehmer, dem Aufstand der Studenten und dem Abfall der meisten "Linksgaullisten" sieht der General, daß er mit Linkstimmen nicht mehr rechnen kann und reißt daher das Steuer nach rechts: Appell an alle "ordnungsliebenden" Wähler vom Zentrum über die Konservativen bis zu den Rechtsradikalen. Mit welchem Erfolg bleibt abzuwarten.

Natürlich glaubt General de Gaulle, der seit einem Menschenalter mit der KPF beste Beziehungen unterhält, selbst in keiner Weise an die Wahlargumente, die er jetzt vorbringt. Er weiß, daß er in den vierziger Jahren erstmalig einen maßgebenden Führer der KPF (Maurice Thorez) zum Minister ernannte und in den fünfziger Jahren in Einheitsfront mit den Kommunisten die Vierte Republik unterhöhlte, um schließlich mit kommunistischer Hilfe und Tolerierung wieder zur Macht zu kommen.

All das geschah, wie alle Welt weiß, im Zeichen der französisch-sowjetischen Zusammenarbeit. Die KPF, moskautreuer als alle anderen kommunistischen Parteien Westeuropas, hat sich stets an die vom Kreml kommenden Weisungen gehalten. Da die Beziehungen zwischen Paris und Moskau seit vielen Jahren ausgezeichnet sind, ist auch die KPF seit de Gaulles Rückkehr zur Macht immer "salonfähiger" geworden. Während sie in der Vierten Republik als "separatistisch" galt, wurde sie in der Fünften Republik rehabilitiert. - Wenn es vor 10 Jahren gegen de Gaulles Machtergreifung keinen wirklichen Widerstand von links gab, ist es in erster Linie der KPF zuzuschreiben, die ausdrückliche Weisung von Moskau hatte, dem General keine Schwierigkeiten zu bereiten. Tatsächlich verhält sich die KPF seit 10 Jahren immer loyal. In Ernstfällen retteten die kommunistischen Abgeordneten das gaullistische Regime sogar durch Stimmenthaltungen im Falle gefährlicher Mißtrauensanträge der Sozialdemokraten. Ebenso hielt die von den Kommunisten kontrollierte CGT 10 Jahre lang die Lohnbewegungen der Arbeitnehmer in einem engen Rahmen. Mit einem Wort: KPF und CGT waren in dieser ganzen Zeit auf Wunsch des Kremls wertvolle Stützen des gaullistischen Regimes.

Für die Mairevolution 1968 sind KPF und CGT in keiner Weise verantwortlich. Sie bemühten sich redlich, die Studentenrevolte, den Generalstreik und die Betriebsbesetzungen von Anfang an zu verhindern, um dann, als die spontane Woge über alle Apparate hinwegging, die Bewegung "zurückzuschrauben", von revolutionären Parolen auf Lohnforderungen zu reduzieren. Als Folge davon kam es zu einer Reihe von Abspaltungen und Revolten innerhalb der KPF und der CGT. Wenn die KPF und ihre Verbände sich nicht mit Propaganda und teilweise auch mit Gewalt den radikalisierten Arbeitern und Studenten entgegengestellt hätte, wäre das gaullistische Regime wahrscheinlich nicht mehr im Sattel.